

GESCHÄFTSBERICHT 2017

MER-Pensionskasse
Versicherungsverein
auf Gegenseitigkeit



Adenauerallee 21, 20097 Hamburg
Telefon 040 / 28 01 45-312
Telefax 040 / 28 01 45-775

INHALT

Organe, Treuhänder, Verantwortlicher Aktuar	3
Lagebericht	6
Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen	10
Bilanz	11
Gewinn- und Verlustrechnung	13
Anhang	14
Angaben zur Pensionskasse	14
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	14
Erläuterungen zur Bilanz.....	15
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	16
Sonstige Angaben.....	16
Entwicklung der Aktivposten	17
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	20
Bericht des Aufsichtsrates	23

ORGANE, TREUHÄNDER, VERANTWORTLICHER AKTUAR

Aufsichtsrat

Dr. Dietrich Kressel (Vorsitzender)	TUI Deutschland GmbH, General Counsel Central Region Leiter Recht & Compliance	Hannover
Sabine Bauer	TUI Deutschland GmbH, Stellvertretende Betriebsrats- vorsitzende	Hannover
Günther Bochnig	TUI InfoTec GmbH, Betriebsrat	Burgwedel
Peter Bolsinger (ab 01.07.2017)	Rentner	Linden
Jürgen Buß (bis 30.06.2017)	DER Touristik GmbH, Leiter Recht / Compliance Officer DER Touristik C-EU	Frankfurt am Main
Manuela Dittmann	DER Touristik, Bereichsleiterin Personal und Organisation	Linden
Berndfried Dornseifer	REWE Zentralfinanz e.G., Leiter Personal / Personal- entwicklung Konzern	Köln
Gerd Leiding (ab 23.01.2017)	TUI AG, Leiter Kapitalmarkt und strukturierte Finanzierungen	Hannover
Karsten Marquardt	DER Deutsches Reisebüro GmbH & Co. OHG Lokaler Verkaufsleiter	München
Michael Pönipp	TUI Deutschland GmbH, Vorsitzender des Gesamt- betriebsrats und Betriebsratsvorsitzender	Hannover
Harald Scherf (Stellvertretender Vorsitzender)	Rentner	Neu-Isenburg
Dieter Schaupp	TUI Deutschland GmbH, Head of Labour Relations	Hannover
Michael Skorski	DER Deutsches Reisebüro GmbH & Co. OHG, Supervisor Vertriebsunterstützung Produkte BT	Bad Schwalbach

Personalausschuss

Dr. Dietrich Kressel
Harald Scherf
Manuela Dittmann
Günther Bochnig
Dieter Schaupp (Stellvertreter)

Finanz- und Prüfungsausschuss

Peter Bolsinger (ab 01.07.2017)
Jürgen Buß (bis 30.06.2017)
Gerd Leiding (ab 23.01.2017)
Harald Scherf
Michael Pönipp
Dr. Dietrich Kressel (Stellvertreter)

Vorstand

Peter Bolsinger (Vorsitzender bis 30.06.2017)	Linden
Ralf Günther (Stellvertretender Vorsitzender)	Würzburg
Wolfgang Mändl (bis 30.06.2017)	Frankfurt am Main
Dr. Daniel Schmitt-Biegel (Vorsitzender ab 01.07.2017)	Solingen
Hans Stapelfeldt (ab 01.07.2017)	Hamburg
Frank Scheer (ab 01.07.2017)	Hamburg

Treuhänder

Prof. Dr. Rainer Heurung (bis 30.06.2017)	Kronberg im Taunus
Alfred Hübner (Stellvertreter bis 30.06.2017)	Kelkheim
Frank Lamers (ab 01.07.2017)	Hamburg
Wolf-Rüdiger Hohl (Stellvertreter ab 01.07.2017)	Buxtehude

Verantwortlicher Aktuar

Johannes Nattermann (bis 31.12.2017)	Ober-Olm
Frank Scheer (ab 01.01.2018)	Hamburg

Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung wurde zum 26. Juni 2015 für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Sie setzt sich zum 31. Dezember 2017 aus 33 Vertretern / Vertreterinnen und ihren Stellvertretern / Stellvertreterinnen zusammen.

Vertreter / Vertreterinnen

Annegret Agena
Angelika Bischoff
Jörn Brandes
Harald Brüning
Gerd Büning
Elisabeth Deutzer
Reimund Domke
Klaus Fischer (bis 08.06.2017)
Uwe Walther (ab 09.06.2017)
Angelika Frömel
Albrecht Giese
Simone Göbel
Carin Hoheisel
Anne Imbusch
Eleonore Jäckel
Frank Kuhnert
Christina Loewe
Gisela Misamer

Vertreter / Vertreterinnen

Ulrike Möhle
Mark Muratovic
Erika Schauer
Holger Schmidt
Nicole Schmitz
Marion Schneider
Franz Steinkirchner
Claudia Uhlig
Wiebke Waßmann
Michael Wegmann
Hubertus Wehmeyer
Ursula Weindorf (bis 30.06.2017)
Ute Richter (ab 01.07.2017)
Karin Wißenbach
Clemens Wohlfart
Bernd Zillich
Martina Zirwes (verstorben am 08.06.2017)
Munir Belhoche (ab 09.06.2017)

LAGEBERICHT

Die MER-Pensionskasse VVaG (MER) ist eine Firmenpensionskasse i.S.d. § 233 VAG. Sie hat den Zweck, Versorgungsleistungen an die Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung zu erbringen. Dabei konzentriert sie sich auf die Tourismusbranche. Sie ist als soziale Einrichtung steuerbefreit gemäß § 5 KStG.

Die MER hat ab dem 01. Januar 2017 ihre Funktionsbereiche in Teilen und ab dem 01. Juli 2017 vollständig durch einen Ausgliederungsvertrag auf die Hamburger Pensionsverwaltung eG (HPV) übertragen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Alterssicherung in Deutschland befindet sich in einem Prozess der Umstrukturierung. Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente wird weiter sinken. Der Gesetzgeber propagiert und fördert zum Ausgleich diverse sich teils widersprechende Konzepte der privaten oder betrieblichen, kollektiv oder individuell organisierten, auf Renten- oder Kapitalbasis, Immobilieneigentum oder Unternehmensbeteiligungen gerichteten, mit oder ohne Gewinnstreben des Anbieters organisierten Vorsorge. Im Jahr 2017 hat er mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz speziell die Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung verbessert.

In Übereinstimmung mit ihren Trägerunternehmen positioniert sich die Pensionskasse als ein kollektiv organisiertes und einfach strukturiertes System der betrieblichen Altersversorgung zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Die dazu ideal passende Unternehmensform ist die auf sozialen Profit und auf die Trägerunternehmen und die Mitglieder als Eigentümer ausgerichtete Organisation „auf Gegenseitigkeit“. Dieses unternehmerische Prinzip setzt die Pensionskasse sehr erfolgreich um, obwohl das seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise extrem niedrige Zinsniveau alle zinsabhängigen Formen der kapitalgedeckten Zusatzversorgung beeinträchtigt.

Das Jahr 2017 verlief insgesamt in unerwartet ruhigen Bahnen. Sorgen über politische Risiken in Europa wichen mit der Wahl Macrons in Frankreich einem neuen Optimismus für den Euroraum. Die Wahl Donald Trumps beflügelte entgegen den Erwartungen die US Börse, und das Säbelrasseln um Nordkorea belastete die allgemeine Hausse an den Aktienbörsen auch nur kurzfristig. Treiber für die stark steigenden Aktienkurse waren die sehr guten Nachrichten aus den Unternehmen. Erstmals seit Jahren wurden die Erwartungen der Anleger nicht enttäuscht. Vielmehr wurden die Gewinnschätzungen für die Unternehmen im Jahresverlauf stetig nach oben korrigiert.

2017 war das erste Jahr seit der Finanzmarktkrise (2008/2009) mit einem global synchron verlaufenden Wirtschaftsaufschwung. Nach den USA, die im Erholungszyklus am weitesten fortgeschritten sind, lief 2017 auch die Wirtschaft in Europa und Asien auf Hochtouren. Die Unternehmen profitierten von der guten globalen Wirtschaftslage, sowohl durch höhere Umsätze als auch durch verbesserte Margen. Die durchweg positiven Unternehmensnachrichten haben die Aktienbörsen entsprechend beflügelt.

In den USA wurde die 2016 eingeleitete Abkehr von der nach der Finanzmarktkrise ultra-lockeren Geldpolitik fortgeführt. Mit drei Zinserhöhungen um jeweils 0,25 % auf einen Notenbankzins von aktuell 1,5 % und dem Ausblick auf weitere Zinserhöhungen im Jahr 2018 und 2019 befinden sich die USA auf einem vorsichtigen Normalisierungskurs in der Geldpolitik. Europa und Japan sind hingegen im Zyklus deutlich hinter den USA und verfolgen weiter eine lockere Geldpolitik. Die EZB führt ihre Wertpapierankaufprogramme bis zum Herbst 2018 weiter fort und belässt den Notenbankzins b.a.w. im negativen Bereich. Diese Geldpolitik hat entsprechende Auswirkungen auf das Zinsniveau am Anleihemarkt, das in Europa trotz der Zinswende in den USA weiterhin sehr niedrig ist. 10jährige Bundesanleihen rentierten Ende 2017 bei 0,42 %, die Renditen von Bundesanleihen mit Restlaufzeiten von weniger als 7 Jahren lagen weiter im negativen Bereich.

Die anhaltende Niedrigzinsphase führt weiter dazu, dass Anleger nach höherverzinslichen Alternativen suchen. Besonders profitierten davon 2017 die Anleihemärkte der Schwellenländer, und auch hochverzinsliche Unternehmensanleihen waren erneut stark gesucht. Des Weiteren fließt zunehmend Geld in die private Unternehmensfinanzierung (Private Debt). Diese Märkte bieten aufgrund ihrer Illiquidität und größeren Komplexität deutlich höhere Renditen als gelistete Anleihen.

Geschäftsentwicklung

Die qualitativ hochwertigen Zinsanlagen der Direktanlage haben einen stetigen Ergebnisbeitrag geliefert. Das Diversifikationsportfolio verzeichnete im Jahresverlauf eine sehr positive Entwicklung. Vor allem die Aktienfonds lagen deutlich über den Erwartungen. Auch der Immobilienspezialfonds überzeugte. Die stillen Reserven betragen zum 31.12.2017 13,9 % des Kapitalanlagebestandes (Vorjahr 14,9%).

Potentielle Verluste aufgrund der weiter zahlreich vorhandenen exogenen Risiken wurden durch eine frühzeitig implementierte Absicherungsstrategie mit Aktienoptionen innerhalb der Wertpapierspezialfonds begrenzt.

Die Zinsanlagen des Direktbestands beliefen sich am Jahresende auf 75,2 % des Kapitalanlagebestands. Direkt gehaltene Immobilien und Immobilienfonds machten zusammen 8,2 % aus. Die weiteren Anlagen entfielen auf Investment Grade und strukturierte Unternehmensanleihen (Credit Linked Notes), Schwellenländeranleihen sowie Aktienstrategien und machten am Jahresende 16,6 % am Gesamtbestand aus.

Bei Erträgen von 21,6 Mio. EUR (Vorjahr: 23,2 Mio. EUR) und Aufwendungen von 3,3 Mio. EUR (Vorjahr: 3,4 Mio. EUR) ist das gesamte Kapitalanlageergebnis um 1,5 Mio. EUR gesunken. Eine Reservierung von Erträgen zur Stärkung des Risikobudgets ist der wesentliche Grund für den gesunkenen Ergebnisausweis. Die Pensionskasse wendet den § 341 b Abs. 2 HGB nur für Anlagen an, die der langfristigen Kapitalanlage dienen und deren Werthaltigkeit anhand von klar nachvollziehbaren Modellen nachgewiesen werden kann. Am Stichtag bestanden in den betreffenden Kapitalanlagen stille Lasten in Höhe von 2,1 Mio. EUR.

Die Nettoverzinsung beläuft sich auf 3,4 % (Vorjahr 3,8 %).

Die verdienten Beiträge bewegten sich mit 15,3 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres und lagen damit auf dem geplanten Niveau. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen im Vergleich zum Vorjahr planmäßig um 3,6 % und betrugen 17,3 Mio. EUR.

Auch im Geschäftsjahr 2017 wurden die Rechnungsgrundlagen der Kasse durch eine pauschale Vorsorge für Biometrierisiken verstärkt und der Deckungsrückstellung außerordentlich 1,0 Mio. EUR zugeführt. Diese pauschale Vorsorge nimmt in der Zukunft entsprechend erwartete Aufwendungen teilweise vorweg und soll diese durch vorgezogene ratierliche Zuführungen glätten. Insgesamt blieb der Anstieg der Deckungsrückstellung um rund 0,9 Mio. EUR auf 534,2 Mio. EUR unter dem geplanten Wert. Dies resultiert insbesondere aus geringen versicherungsmathematischen Gewinnen aufgrund von Bestandsänderungen.

Das erwirtschaftete Ergebnis der MER-Pensionskasse liegt über den Erwartungen und schließt mit einem Überschuss in Höhe von 2.068 TEUR (Vorjahr: 3.081 TEUR) ab, von dem 828 TEUR der Verlustrücklage und 1.240 TEUR der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zugeführt werden.

Bestandsentwicklung

Am Ende des Geschäftsjahres hatte die Kasse 8.579 Anwärter (Vorjahr: 8.479) und 3.203 Pensionäre (Vorjahr: 3.102). Die Zusammensetzung und Entwicklung wird in der Anlage zum Lagebericht erläutert.

Im Berichtsjahr wurden folgende Renten gezahlt:

	EUR	%
Altersrenten	15.573.337	90,5
Invalidenrenten	359.067	2,1
Witwen- und Witwerrenten	1.248.241	7,3
Waisenrenten	22.142	0,1
	17.202.787	100,0

Die Pensionszahlungen des Jahres 2017 lagen um 596 TEUR und damit 3,6 % über denen des Vorjahres, was auf die Zunahme der Zahl der Pensionsempfänger zurückzuführen ist.

Kapitalanlagen

Die Anlagestrategie der Pensionskasse hat zum Ziel, unter allen Umständen den Garantiezins zu erwirtschaften. Der Grundsatz der Sicherheit hat daher in der Kapitalanlage oberste Priorität. Über den Garantiezins hinaus will die Pensionskasse eine angemessene Überschussbeteiligung gewähren. Damit sie diese beiden Ziele erreicht, investiert sie überwiegend in Zinstitel und zusätzlich - im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeit - auch in andere Kapitalanlagen mit Aktien-, Kredit-, Volatilitäts- und Währungsrisiken sowie direkt und indirekt in Immobilien.

Die Kapitalanlagestrategie berücksichtigt insbesondere die Anforderungen aus der Verpflichtungsseite. Diesem Asset-Liability-Management-Aspekt kommt im Management der Zinsanlagen in der Direktanlage eine große Bedeutung zu. Eine kontinuierliche Kreditüberwachung der Bonitätsrisiken der im Bestand befindlichen Anleihen ist essentiell. Hierzu werden laufend Analysen im Rahmen der definierten Kreditprozesse durchgeführt.

Zur Diversifikation und Renditeoptimierung investiert die Pensionskasse außerdem in ein Diversifikationsportfolio (z.B. Schwellenländer- und Unternehmensanleihen, Aktienstrategien, Unternehmensbeteiligungen), für das Spezialwissen erforderlich ist. Neben Engagements in den öffentlichen Märkten nimmt

seit einigen Jahren die Bedeutung von Investments in privaten Märkten zu. Die Pensionskasse wird ab dem Geschäftsjahr 2018 ein breit diversifiziertes Beteiligungsportfolio über Kreditfonds aufbauen. Das Management der Anlagen im Diversifikationsportfolio überträgt die Pensionskasse externen Managern.

Bei der Managerauswahl richtet sie ihr besonderes Augenmerk auf einen etablierten und stringenten Investmentprozess, Teamstabilität und eine ausgeprägte Risikokultur. Durch die breite Streuung des Diversifikationsportfolios soll eine relativ stetige Wertentwicklung erreicht werden. Des Weiteren bestehen Engagements in Immobilien in der Direktanlage und in Immobilienspezialfonds, die durch externe Manager beraten werden. Das Immobilienportfolio besteht überwiegend aus Wohn- und Gewerbeimmobilien und ist fast ausschließlich investiert in deutschen Standorten.

Insgesamt besteht eine noch zinslastige Vermögensanlage, welche in den kommenden Jahren sukzessive um weniger kuponabhängige Vermögenswerte ergänzt wird. Ziel dieser Ausrichtung ist es, die Abhängigkeit vom Marktzinsniveau und das Wiederanlagerisiko in festverzinslichen Kapitalanlagen zu mildern. Bei der Strukturierung des Gesamtportfolios und der einzelnen Mandate steht das Ziel, das Kapital auch in schwierigen Zeiten zu erhalten, im Vordergrund. Währungsrisiken, wo vorhanden, werden i.d.R. durch Devisentermingeschäfte weitgehend gegen Marktpreisveränderungen gesichert. Die sehr langfristigen Engagements in den privaten Märkten werden aufgrund der Sicherungskosten i.d.R. nicht oder nur zum Teil währungsgesichert.

Die Risikosteuerung erfolgt intern in enger Zusammenarbeit der Bereiche Kapitalanlage- und Risiko-/Qualitätsmanagement. Umfang und Struktur des Diversifikationsportfolios werden regelmäßig in einem Risikobudgetierungsprozess überprüft. Dieser stellt sicher, dass Risikotragfähigkeit und Anlagestruktur aufeinander abgestimmt sind und im Falle ungünstiger Entwicklungen rechtzeitig Maßnahmen zur Risikosteuerung ergriffen werden. Sämtliche Kapitalanlagen unterliegen außerdem laufend einer strengen Ergebnis- und Risikokontrolle. Zu diesem Zweck werden ergänzend zu der Risikobudgetanalyse regelmäßig Hochrechnungen des Jahresergebnisses erstellt und das Ertragsrisiko analysiert. Zusätzlich zu den von der BaFin vorgegebenen Stresstests werden weitere interne Stresstests durchgeführt. Die Risikoanalysen werden vom Risiko- und Qualitätsmanagement vorgenommen, das organisatorisch unabhängig vom Bereich Kapitalanlage ist.

Chancen und Risiken

Folgende Chancen sehen wir für die Pensionskasse:

Auf Grund der Verankerung der Pensionskasse in den Mitgliedsunternehmen und deren vertrauensvoller Mitwirkung in ihren Aufsichtsgremien ist gewährleistet, dass die strategische Ausrichtung der Pensionskasse in Übereinstimmung mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen bleibt. Die Pensionskasse wird daher weiterhin die betriebliche Altersvorsorge für die Mitgliedsunternehmen sicher und einfach und für die begünstigten Arbeitnehmer effizient und ertragreich durchführen und ihren Zweck, die Zufriedenheit der Mitgliedsunternehmen und ihrer Arbeitnehmer, erfüllen.

Folgende Risiken der künftigen Entwicklung haben wesentliche Bedeutung für die Pensionskasse:

Versicherungstechnische Risiken resultieren aus der Gefahr zufällig auftretender höherer Leistungsaufwendungen als erwartet (= Zufallsrisiko) und der Gefahr, auf Änderungen biometrischer, ökonomischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen nicht rechtzeitig reagieren zu können (= Änderungsrisiko). Diesen Risiken begegnet die Pensionskasse durch eine regelmäßige Analyse des Risikoverlaufs und – soweit erforderlich – durch Verstärkung der Deckungsrückstellung.

Den Tarifen liegen biometrische Rechnungsannahmen zugrunde, die aus den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Heubeck unter Berücksichtigung der Verhältnisse bei der Pensionskasse abgeleitet wurden. Zur weiteren Absicherung werden jährlich pauschale Verstärkungen aufgebaut, um eine etwaige künftig notwendige Anpassung der biometrischen Rechnungsannahmen finanzieren zu können.

Die BaFin hat die Pensionskassen im Jahr 2013 aufgefordert, Maßnahmen zur Minderung der Risiken einer möglicherweise lang andauernden Niedrigzinsphase zu prüfen bzw. konkret zu treffen. Im Hinblick darauf hat die Pensionskasse in Abstimmung mit dem Verantwortlichen Aktuar und der BaFin ab dem 01. Januar 2014 den Rechnungszins für neue Beiträge im Tarif 1 von 3,25 % auf 1,25 % und ab dem 01. Januar 2015 in Tarif 2 und Tarif V auf 1,25 % abgesenkt. Zusätzlich soll der Bestandsrechnungszins des Versichertenbestandes per 31. Dezember 2013 im Abrechnungsverband Tarif 1 (Rechnungszins 3,25 %) durch geeignete Maßnahmen weiter auf 3,00 % reduziert werden.

Über pauschale Erhöhungen der Deckungsrückstellung wird eine Absenkung des Rechnungszinses in weiteren definierten Schritten ermöglicht. Diese zusätzlichen (vorgezogenen) Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen zur Verstärkung der Rechnungsgrundlagen. Allerdings belasten sie die jeweiligen Jahresergebnisse und führen auf Grund ihres geplanten Umfangs zu einer deutlichen Reduktion der Zuführung zur Verlustrücklage und Belastung der Solvabilitätskapitalanforderungen. Aus diesem Grunde hat die Kasse im Berichtsjahr mit den wesentlichen Trägerunternehmen Vereinbarung zur Gewährung von Patronatserklärungen durch die Trägerunternehmen abgeschlossen, um die erforderliche Risikotragfähigkeit (insbesondere über Bewertungsreserven und freie, unbelastete Eigenmittel) mittel- und langfristig sicherzustellen.

Kapitalanlagerisiken können sich im Wesentlichen aus Kurs- und Zinsrisiken ergeben, die vom Kapitalanlage- und Risikomanagement der Pensionskasse laufend überwacht werden. Die Kapitalanlagestrategie verfolgt außerdem das Ziel, diese Risiken durch Mischung und Streuung der Vermögensanlagen zu begrenzen. Liquiditätsrisiken werden reduziert, indem der Kapitalanlagebestand und die Versicherungsverpflichtungen mit Hilfe eines Liquiditätsplanes aufeinander abgestimmt werden.

Das operationale Risiko beinhaltet die Gefahr von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeiter- und systembedingten oder externen Vorfällen sowie von Rechtsrisiken. Um wesentliche operationale Risiken zu erkennen, wird ein umfassendes Frühwarnsystem eingesetzt. Die Steuerung von operationalen Risiken erfolgt vornehmlich durch die verbindliche Festlegung von Verhaltensregeln. Risiken, deren Eintreten sich nicht vollständig ausschließen lässt und deren Eintreten gravierende Folgen hätte, werden in Notfallplänen berücksichtigt und erforderlichenfalls versichert. Unter Berücksichtigung der getroffenen Steuerungsmaßnahmen ergaben sich aus den Frühwarnsystemen keine Hinweise auf wesentliche operationale Risiken.

Durch das Controlling werden Gefahren aus Kostensteigerungen frühzeitig erkannt und die Geschäftsprozesse kostenbewusst optimiert.

Die quantitative Bewertung der Risiken zeigt im Betrachtungszeitraum keine die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Pensionskasse nachhaltig oder wesentlich gefährdende Entwicklung. Unter einem stabilen Rechts- und Marktumfeld sieht

der Vorstand derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken für die Pensionskasse. Es liegen keine wesentlichen Veränderungen der Risikolage gegenüber dem Vorjahr vor. Die auf eine hohe Sicherheit ausgerichtete Anlagepolitik kommt hier zum Ausdruck. Insgesamt und bezogen auf alle Teillimite war die Risikotragfähigkeit während des gesamten Jahres 2017 jederzeit gegeben. Gleichwohl müssen potenziell bestandsgefährdende Risiken weiterhin besonders aufmerksam gesteuert werden. Die Solvabilität zum Bilanzstichtag zeigt insbesondere unter Berücksichtigung der stillen Reserven bei den Kapitalanlagen eine Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

Zukünftige Entwicklung

Für das Folgejahr wird ein geringes Wachstum des Bestandes in Höhe von 1 % bis 2 % erwartet. Die Zahl der beitragsfreien Arbeitnehmer wird allein aufgrund der Fluktuation der Beschäftigten bei den Trägerunternehmen weiter steigen, die Zahl der beitragspflichtigen Arbeitnehmer wird durch Wiederbesetzungen bei den Trägerunternehmen stagnieren. Die Beitragseinnahmen werden voraussichtlich geringfügig im unteren einstelligen Prozentbereich steigen. Die Altersstruktur des Bestands lässt erwarten, dass die Anzahl der Pensionäre auch 2018 weiter wachsen wird. Dies wird wie bereits in den Vorjahren zu um rund 4 bis 5 % steigenden Leistungsausgaben führen. Da mit einem ansteigenden Kapitalanlageergebnis für das Wirtschaftsjahr 2018 zu rechnen ist, wird eine leicht ansteigende Nettoverzinsung (Vorjahr: 3,4 %) erwartet. Der Überschuss wird im Geschäftsjahr 2018 voraussichtlich geringfügig gegenüber 2017 sinken, da der Aufbau zusätzlicher Reserven zur Absicherung der Kapitalanlagerisiken geplant ist.

Asset-Liability-Studie

Im Geschäftsjahr 2017 wurde die ALM-Studie aus dem Jahr 2014 aktualisiert. Insbesondere wurde hierbei einem weiterhin anhaltenden Niedrigzinsniveau Rechnung getragen und der Entwicklung der Garantiezinsanforderung gegenübergestellt. Im Resultat wurde als Ableitung aus dieser ALM-Studie eine neue Investmentstrategie durch den Aufsichtsrat verabschiedet. Die bisherige Investmentstrategie wurde beschlussgemäß insbesondere um die Assetklassen High Yield und Beteiligungen (Private Debt) erweitert, sowie hinsichtlich Investitionen nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 der Anlageverordnung geöffnet.

BEWEGUNG DES BESTANDES AN PENSIONSVERSICHERUNGEN

10

	Anwärter		Invaliden- und Altersrente			Hinterbliebenenrenten					
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten ²⁾ EUR	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten ²⁾		
									Witwen EUR	Witwer EUR	Waisen EUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	2.685	5.794	940	1.762	13.886.816	280	81	39	1.009.652	164.391	22.457
II. Zugang während des Geschäftsjahres											
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	119	222	64	88	857.159	27	12	4	127.262	32.642	2.185
2. Sonstiger Zugang ¹⁾	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Gesamter Zugang	120	223	64	88	857.159	27	12	4	127.262	32.642	2.185
III. Abgang während des Geschäftsjahres											
1. Tod	7	9	27	44	357.919	15	6	-	55.375	7.801	-
2. Beginn der Altersrente	62	80	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3. Berufs-oder Erwerbs- unfähigkeit (Invalidität)	2	8	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat Ablauf	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	2.278
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	16	35	-	-	-	-	-	-	-	-	-
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	1	22	-	-	-	-	-	-	-	-	-
7. Sonstiger Abgang	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8. Gesamter Abgang	89	154	27	44	357.919	15	6	2	55.375	7.801	2.278
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres											
davon											
1. beitragsfreie Anwartschaften	932	1.771	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2. in Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) z.B. Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung, Erhöhung der Rente

2) Es handelt sich um den Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktiva	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			34.378.593,06		35.225
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		82.583.750,47			23.561
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		73.195.973,59			83.403
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	257.145.364,86				279.055
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	88.471.492,63	345.616.857,49			86.617
4. Einlagen bei Kreditinstituten		16.350.000,00	517.746.581,55		26.671
				552.125.174,61	534.532
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		2.138,51			2
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		1.009.312,69	1.011.451,20		1.126
II. Sonstige Forderungen			5.018.814,35		1.951
davon an verbundene Unternehmen: EUR 1.004.214,05 (VJ: EUR 839.331,58)					
				6.030.265,55	3.079
C. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			280,00		9
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.141.381,10		1.913
III. Andere Vermögensgegenstände			1.250.827,54		2.704
				2.392.488,64	4.626
D. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			8.587.929,74		9.613
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			226.655,27		539
				8.814.585,01	10.152
				569.362.513,81	552.389

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Hamburg, den 29. März 2018

Frank Lamers
Treuhandler

Passiva	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital				
Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			28.035.655,22	27.207
			28.035.655,22	27.207
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung		534.170.640,66		519.895
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		498.509,06		398
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		3.520.540,98		2.280
			538.189.690,70	522.573
C. Andere Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen			1.285.020,15	917
			1.285.020,15	917
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	0,00			76
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	24.533,31	24.533,31		
II. Sonstige Verbindlichkeiten		1.744.743,01		1.512
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 170.850,44 (Vorjahr: EUR 0,00)				
			1.769.276,32	1.588
E. Rechnungsabgrenzungsposten			82.871,42	104
			569.362.513,81	552.389

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 29.01.2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Hamburg, den 12. März 2018

Frank Scheer
Verantwortlicher Aktuar

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2017

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
Gebuchte Bruttobeiträge			15.321.052,70	15.306
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			0,00	4.621
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.483.690,52			3.506
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	17.819.647,36	21.303.337,88		19.709
b) Erträge aus Zuschreibungen		28.443,08		
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		246.426,00	21.578.206,96	
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			986.369,16	1.073
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		17.559.412,98		16.940
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		100.645,30	17.660.058,28	3
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			14.275.348,00	20.014
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			1.240.272,92	2.233
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlußaufwendungen Zahlungen für Versicherungsfälle		43.260,71		40
b) Verwaltungsaufwendungen		390.884,66	434.145,37	208
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2.439.047,58		2.127
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		842.949,00		1.244
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		43,21	3.282.039,79	
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung				
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			993.764,46	1.407
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge			37.046,49	0
2. Sonstige Aufwendungen			195.116,99	558
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			835.693,96	849
4. Sonstige Steuern			7.283,32	
5. Jahresüberschuss			828.410,64	849
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
In die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			828.410,64	849
7. Bilanzgewinn			0,00	0

ANHANG

1. Angaben zur Pensionskasse

Name: MER-Pensionskasse VVaG
Sitz: Adenauerallee 21, 20097 Hamburg
BaFin-Identifikationsnummer: 2037

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen und dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) unter Beachtung der ergänzenden Regelungen der Satzung aufgestellt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare und soweit notwendig, außerplanmäßige Abschreibungen angesetzt. Wenn die Gründe für die Abwertung entfallen, werden entsprechende Zuschreibungen bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

Die Bewertung der Investmentanteile erfolgt nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften zu den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips. Sofern die Investmentanteile dazu bestimmt sind dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, erfolgt die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip).

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere erfolgt aufgrund der Ausübung des Wahlrechts gemäß § 341b Abs. 2 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips. Unterschiedsbeträge bei Anlagen, deren Anschaffungskosten den Nominalwert übersteigen, werden über die Laufzeit als Abschreibungen verteilt. Diese betragen im Geschäftsjahr 376 TEUR.

Die Bewertung der Namensschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips. Disagioträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung, Agioträge durch aktive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. Die unter den Namensschuldverschreibungen ausgewiesenen Credit Linked Notes werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips bewertet.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Der Unterschied zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Nennwert) wird über die Laufzeit erfolgswirksam aufgelöst.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten sowie der anderen Kapitalanlagen erfolgt mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips. Erforderliche Abschreibungen werden in angemessener Höhe vorgenommen.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände sind mit den Nennwerten angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit den Anschaffungskosten abzüglich linearer Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen erfolgen nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Der Verlustrücklage sind aus einem verbleibenden Überschuss mindestens 5 % des Überschusses zuzuführen, bis diese mindestens 5 % des Vermögens erreicht oder nach Inanspruchnahme wieder erreicht hat. Die Verlustrücklage wurde im Berichtsjahr in Höhe von 5 % der Summe der Kapitalanlagen und der abgegrenzten Zinsen und Mieten dotiert. Nach der im Berichtsjahr vorgenommenen Zuführung in Höhe von 828 TEUR beträgt die Verlustrücklage 28,0 Mio. EUR.

Die Deckungsrückstellung wurde gemäß des Technischen Geschäftsplans in der Fassung März 2010 mit Ergänzungen (genehmigt durch Verfügungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht am 30. November 2010, 12. Mai 2011, 22. Juni 2012, 9. April 2013, 16. Dezember 2013, 27. Mai 2014, 8. Juni 2015 sowie am 18. April 2016) in Verbindung mit der Ergänzung vom 29. Januar 2018 nach der prospektiven Methode einzelvertraglich ermittelt.

Im Tarif 1 und 2: Zur Finanzierung zukünftiger Absenkungen des Rechnungszinses wird die Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2017 pauschal um 3,0 Mio. EUR erhöht.

Den Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 1998 mit modifizierten Invalidisierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten zu Grunde. Die modifizierten Werte mit Invalidisierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln betragen im Tarif 1: Invalidisierungswahrscheinlichkeit 55 %, Sterbewahrscheinlichkeit für Witwen und Witwer 80 %, männliche und weibliche Rentenempfänger (Alters- und Invalidenrenten) 75 %. Im Tarif 2 betragen die Sterbewahrscheinlichkeiten 75 %. Zur Finanzierung zukünftiger Anpassungen bei den Sterbewahrscheinlichkeiten wird die Deckungsrückstel-

lung zum 31. Dezember 2017 pauschal um 1,0 Mio. EUR erhöht.

Der Rechnungszins im Tarif 1 beträgt für Beiträge bis zum 31. Dezember 2013 3,25 %; für Beiträge ab dem 1. Januar 2014 beträgt der Rechnungszins 1,25 %. Der Rechnungszins im Tarif 2 beträgt für Beiträge bis zum 31. Dezember 2014 3,25 %; für Beiträge ab dem 1. Januar 2015 beträgt der Rechnungszins 1,25 %. Im Tarif V: Sterbewahrscheinlichkeiten für weibliche und männliche Rentenempfänger 50 %. Der Rechnungszins beträgt für den Tarif V für Beiträge bis zum 31. Dezember 2014 2,25 %; für Beiträge ab dem 1. Januar 2015 beträgt der Rechnungszins 1,25 %.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden Versicherungsfall, der bis zum Abschlussstichtag eingetreten ist, einzeln ermittelt, und zwar, wenn der Versicherungsfall vor der Bestandsfeststellung bekannt geworden ist, in Höhe der zu erwartenden Leistung und, wenn der Versicherungsfall nach der Bestandsfeststellung bekannt geworden ist, in Höhe der zu erwartenden Leistung abzüglich der vorhandenen Deckungsrückstellung (Spätschadenrückstellung). Die Spätschadenrückstellung umfasst außerdem eine pauschale Zuschätzung für unbekannte Spätschäden, die auf den Erfahrungswerten der Vorjahre beruht. Außerdem wurden Rückstellungen für Regulierungsaufwendungen gebildet.

Die Bilanzierung der Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen wird gemäß den Bestimmungen der Satzung und der Allgemeinen Versicherungsbedingungen sowie den Beschlüssen der Mitgliedervertreterversammlung ausgewiesen.

Die Sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die für den Geschäftsbetrieb der Geschäftsstelle erforderlichen Aufwendungen (Personal- und Sachkosten) sind wie im Vorjahr den einzelnen Funktionsbereichen als Aufwand verursachungsgemäß zugeordnet. Der Gesamtbetrag dieser Aufwendungen wird von den angeschlossenen Unternehmen in voller Höhe übernommen. Entsprechende Posten sind in der Gewinn- und Verlustrechnung und in der Bilanz gebildet. Damit sind die Verwaltungskosten erfolgsneutral und belasten das Ergebnis der Pensionskasse nicht.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist der Übersicht „Entwicklung der Aktivposten“ auf Seite 17 zu entnehmen. Die

gemäß § 54 RechVersV ermittelten Zeitwerte der Kapitalanlagen sind auf Seite 18 dargestellt. Die Angaben zum Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB erfolgen auf Seite 18.

Andere Vermögensgegenstände

In diesem Posten sind vorausgezahlte Versicherungsleistungen in Höhe von 1.250.827,54 EUR enthalten.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

In den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Agien auf Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von 222.571,07 EUR enthalten.

Gewinnrücklagen

Stand am 01.01.2017:	EUR	27.207.244,58
Zuführung aus dem Jahresüberschuss gemäß § 20 Abs. 2 der Satzung:	EUR	828.410,64
Stand am 31.12.2017:	EUR	28.035.655,22

Rückstellung für Beitragsrückerstattung (Überschussbeteiligung)

Stand am 01.01.2017:	EUR	2.280.268,06
Entnahmen:	EUR	0,00
Zuführungen:	EUR	1.240.272,92
Stand am 31.12.2017:	EUR	3.520.540,98

Es handelt sich um noch nicht festgelegte und noch nicht zugeteilte Überschussanteile.

Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Ermittlung Deckungsrückstellung	30.000,00
Jahresabschlusskosten	37.000,00
Instandhaltung Immobilien	800.685,35
Rückstellung Personalkosten Restrukturierung	152.618,80
Sonstige	264.716,00
gesamt	1.285.020,15

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält Disagien auf Namensschuldverschreibungen in Höhe von 82.871,42 EUR.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die im Posten I.1. der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen gebuchten Beiträge mit Gewinnbeteiligung in Höhe von 15.321.052,70 EUR (Vorjahr: 15.306.153,02 EUR) gliedern sich wie folgt auf:

		2017	2016
laufende Beiträge	EUR	15.321.052,70	15.306.153,02
Einmalbeiträge	EUR	-	-

Aufgrund der Bildung einer Rückstellung für noch aus Immobilien-Nebenkostenabrechnungen der Jahre 2015 bis 2017 ausstehende nicht umlagefähiger Kosten enthält die Gewinn- und Verlustrechnung in der Position I.9.a) periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 22 TEUR.

Die Position I.9.b) beinhaltet planmäßige Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 842.949,00 EUR (Vorjahr: 861.156,40 EUR).

5. Sonstige Angaben

Mit Zeichnungsvertrag vom 24. Juli 2013 hat sich die MER verpflichtet, in einer oder mehreren Tranchen Anteile am Spezialfonds CORPUS SIREO Health Care II bis zu einem Gegenwert von 10,0 Mio. EUR zu erwerben. Am Bilanzstichtag waren 5,725 Mio. EUR eingezahlt. Die weiteren Mittel

werden sukzessive mit dem Aufbau des Fonds angefordert werden. Nach den Planungen des Fonds soll dies in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren erfolgen.

Im Jahr 2015 erwarb die MER als Erwerbsvorbereitungsgeschäft eine Multi-Tranche mit einer Muttertranche in Höhe von 2,0 Mio. EUR, verbunden mit fünf Andienungsrechten für den Darlehensnehmer in Höhe von jeweils 4,0 Mio. EUR bezogen auf die Jahre 2021-2025.

Die weiteren sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverhältnissen belaufen sich in den nächsten fünf Jahren auf TEUR 7. Diese entfallen vollständig auf das kommende Geschäftsjahr 2018.

Weitere angabepflichtige Haftungsverhältnisse oder wesentliche andere finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Zum Geschäftsjahresende waren keine Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: drei Mitarbeiter).

Die Bezüge des Gesamtvorstandes betragen 223 TEUR (Vorjahr: 243 TEUR).

Die Aufwandsentschädigungen für den Aufsichtsrat betragen 9 TEUR (Vorjahr: 8 TEUR).

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 37 TEUR (Vorjahr: 37 TEUR) und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN

	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschreibungen EUR	Abschreibungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr EUR
A. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	35.225.116	-	-	4.289	-	842.234	34.378.593
A. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23.561.101	78.014.645	-	18.991.995	-	-	82.583.750
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	83.402.665	339.867	-	10.546.558	-	-	73.195.974
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	279.054.911	30.703.021	-	52.612.567	-	-	257.145.365
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	86.617.204	10.581.671	-	8.727.382	-	-	88.471.493
4. Einlagen bei Kreditinstituten	26.670.854	-	-	10.320.854	-	-	16.350.000
5. Summe A. II.	499.306.734	119.639.205	-	101.199.357	-	-	517.746.582
Insgesamt	534.531.850	119.639.205	-	101.203.646	-	842.234	552.125.175

Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

	31.12.2017 EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken ¹⁾	57.995.000,00
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ²⁾	89.608.867,90
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ³⁾	86.758.647,32
Namensschuldverschreibungen ^{4) 5)}	284.519.799,59
Schuldscheinforderungen und Darlehen ⁴⁾	93.898.011,42
Einlagen bei Kreditinstituten ⁶⁾	16.350.000,00
Summe	629.130.326,23

- 1) Die Zeitwerte der einzelnen Objekte werden grundsätzlich nach der Ertragswertmethode im Rahmen von Wertgutachten ermittelt.
 2) Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt zu den zum Bilanzstichtag von den Fondsgesellschaften ermittelten Kurswerten.
 3) Die Zeitwerte werden anhand des Börsenkurses zum Bilanzstichtag ermittelt.
 4) Wertermittlung anhand der Renditestrukturkurve für Euro Swap Raten zzgl. entsprechender Risikoaufschläge.
 5) Die Zeitwerte der Credit Linked Notes entsprechen den Nettovermögenswerten der verbrieften Vermögensgegenstände.
 6) Der Zeitwert entspricht dem Buchwert.

Angaben zum Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB per 31.12.2017

Art des Fonds/Anlageziel	Marktwert TEUR	saldierte stille	
		Reserve TEUR	Ausschüttung TEUR
HP PKM I Feederfonds / Mischfonds	35.217.313	2.111.397	451.800
HP PKM II Feederfonds / Mischfonds	43.415.647	4.583.522	0
Summe	78.632.960	6.694.919	451.800

Die hier aufgeführten Fonds können börsentäglich zurückgegeben werden. Der HP PKM I Feederfonds ist gemäß §341 b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Der HP PKM II Feederfonds wird nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
1. Löhne und Gehälter	225,00	286,50
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	37,70	41,20
3. Aufwendungen für Altersversorgung	15,9	17,2
4. Aufwendungen insgesamt	278,6	344,9

Ergebnisverwendung

Der Überschuss des Berichtsjahres in Höhe von 1.240.272,92 EUR wurde vollständig der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Nachtragsbericht

Herr Berndfried Dornseifer hat zum 28.02.2018 sein Aufsichtsratsmandat niedergelegt. Als Nachfolger wurde Herr Dr. Sebastian Hempel bestellt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Hamburg, den 25. April 2018

Der Vorstand

Dr. Daniel Schmitt-Biegel

Ralf Günther

Frank Scheer

Hans Stapelfeldt

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die MER-Pensionskasse V.V.a.G.

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der MER-Pensionskasse V.V.a.G, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der MER-Pensionskasse V.V.a.G für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen

deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangten Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Ver-

hältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 25. April 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Sack
Wirtschaftsprüfer

ppa. Rebecca Patzelt
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben und Pflichten sorgfältig wahrgenommen. Zur Unterstützung seiner Arbeit wurden der Personalausschuss und der Finanz- und Prüfungsausschuss eingerichtet. Der Personalausschuss befasst sich schwerpunktmäßig mit vertraglichen Regelungen des Vorstandes, insbesondere zur Vergütung. Der Finanz- und Prüfungsausschuss widmet sich insbesondere den Fragen der Rechnungslegung, der Berichterstattung, dem Risikomanagementsystem und der langfristigen Entwicklung der Kasse im Zusammenhang mit den aktuellen Kapitalmarktentwicklungen.

Die Gremienmitglieder des Aufsichtsrates und der beiden Ausschüsse sind auf den Seiten 3 - 5 aufgeführt.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2017 hat der Aufsichtsrat die Herren Frank Scheer und Hans Stapelfeldt als ordentliche Vorstandsmitglieder der Kasse bestellt; die Mandate von Herrn Peter Bolsinger und Herrn Wolfgang Mändl endeten zeitgleich. Mit Wirkung zum 30. Juni 2017 hat Herr Jürgen Buß sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrates der Kasse niedergelegt; als neues Mitglied des Aufsichtsrates hat das Trägerunternehmen DER Touristik Deutschland GmbH mit Wirkung zum 1. Juli 2017 Herrn Peter Bolsinger berufen. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Buß, Herrn Bolsinger und Herrn Mändl für ihre engagierte Tätigkeit für die Kasse.

Der Aufsichtsrat überwachte und begleitete den Vorstand beratend bei der Führung der Kasse und hat sich von der Recht- und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Grundlage hierfür waren die ausführlichen und in schriftlicher sowie in mündlicher Form erstatteten Berichte des Vorstandes. Entscheidungen oder Maßnahmen des Vorstandes, für die Zustimmungen erforderlich waren, haben die Mitglieder des Aufsichtsrates auf Grundlage von Beschlussvorlagen in den Sitzungen geprüft oder aufgrund von schriftlichen Informationen verabschiedet. Über wichtige Geschäftsvorfälle wurde der Aufsichtsrat regelmäßig informiert; Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen

wurden im Einzelnen erläutert.

Insgesamt fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt; der Finanz- und Prüfungsausschuss und der Personalausschuss traten jeweils einmal zusammen. In den Sitzungen des Aufsichtsrates lagen die Berichts- und Diskussionsschwerpunkte insbesondere auf der laufenden Umsetzung der Funktionsausgliederung, verbunden mit den Auswirkungen auf die Gremien und die Regelwerke (Satzung und Geschäftsordnungen) der Kasse sowie der Neuausrichtung der Kapitalanlage mit der Neufassung der Asset Liability Studie, die der Aufsichtsrat im Januar 2018 verabschiedet hat. Gemeinsam mit dem Verantwortlichen Aktuar und dem Vorstand wurden regelmäßig die Auswirkungen der Finanzmarktentwicklung sowie der Altersstrukturen der Versicherten auf die Kasse besprochen. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand die Risikolage und die Risiken der künftigen Entwicklung erläutern lassen und im Anschluss die einzelnen Risiken intensiv diskutiert.

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 wurden im Auftrag des Aufsichtsrates von der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft. Er hat das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zustimmend zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass seinerseits keine Einwendungen zu erheben sind. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und Lagebericht und schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes und des Verantwortlichen Aktuars über die Gewinnverwendung an. Der Vertreterversammlung sind der Jahresabschluss zur Feststellung und der Lagebericht zur Billigung vorzulegen.

Ferner dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pensionskasse und der Hamburger Pensionsverwaltung eG, die im Berichtszeitraum für die Pensionskasse tätig waren, sowie der Vertreterversammlung für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Hamburg, den 13. Juni 2018

Dr. Dietrich Kressel
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Harald Scherf
Stellvertretender Vorsitzender

Sabine Bauer

Günther Bochnig

Peter Bolsinger

Manuela Dittmann

Dr. Sebastian Hempel

Gerd Leiding

Karsten Marquardt

Michael Pönipp

Dieter Schaupp

Michael Skorski